

## ABÄNDERUNGSANTRAG

der Abgeordneten Michael Fürtbauer, Mag. Arnold Schiefer  
und weiterer Abgeordneter

zum Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 666/A der Abgeordneten  
Andreas Ottenschläger, Kai Jan Krainer, MMag. Markus Hofer, Kolleginnen und  
Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz  
1988 geändert wird (379 d.B.) – TOP 5

Der Nationalrat wolle in 2. Lesung beschließen:

Der im Titel genannte Gesetzesantrag wird wie folgt geändert:

Ziffer 4 lautet:


„4. § 124b Z440 lit. b lautet:


b)

Abweichend von lit. a sind im Anwendungsbereich des § 68 Abs. 2 für  
Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 31. Dezember 2023 beginnen, die  
Zuschläge für die ersten 18 Überstunden im Monat im Ausmaß von  
höchstens 50% des Grundlohnes, insgesamt höchstens jedoch 200 Euro,  
steuerfrei. Der Bundesminister für Finanzen hat die Auswirkungen der  
Maßnahme hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt sowie der  
Verteilung hinsichtlich Geschlecht, Branchen und Einkommensgruppen im  
Jahr 2025 zu evaluieren. Das Volumen der Entlastung ist im  
Kalenderjahr 2025 in die Inflationswirkungen gemäß § 33a Abs. 5  
einzubeziehen.“

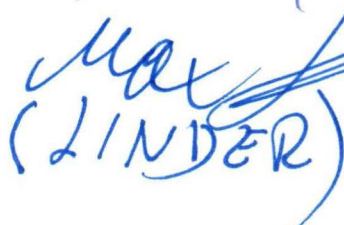
### Begründung

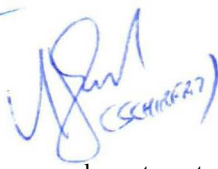
Der monatliche steuerfreie Höchstbetrag für reguläre Überstundenzuschläge  
nach § 68 Abs. 2 EStG soll wie in den Jahren 2024 und 2025 200 Euro betragen.

  
(Schauter)

  
(WEINTIERL)

  
(FÜRTHAUER)

  
(LINDER)

  
(SCHIEFER)

